



# Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz; BankG)

Änderung vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Bankengesetz vom 8. November 1934<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

## *Art. 1a*            Banken

Als Bank gilt, wer hauptsächlich im Finanzbereich tätig ist und:

- a. gewerbsmässig Publikumseinlagen von mehr als 100 Millionen Franken entgegennimmt oder sich öffentlich dafür empfiehlt;
- b. gewerbsmässig Publikumseinlagen bis zu 100 Millionen Franken entgegennimmt oder sich öffentlich dafür empfiehlt und diese Publikumseinlagen anlegt oder verzinst; oder
- c. sich in erheblichem Umfang bei mehreren nicht massgebend an ihm beteiligten Banken refinanziert, um damit auf eigene Rechnung eine unbestimmte Zahl von Personen oder Unternehmen, mit denen er keine wirtschaftliche Einheit bildet, auf irgendeine Art zu finanzieren.

## *Art. 1b*            Innovationsförderung

<sup>1</sup> Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden sinngemässe Anwendung auf Personen, die hauptsächlich im Finanzbereich tätig sind und:

- a. gewerbsmässig Publikumseinlagen bis zu 100 Millionen Franken entgegennehmen oder sich öffentlich dafür empfehlen; und
- b. diese Publikumseinlagen weder anlegen noch verzinsen.

SR .....

1

2    **SR 952.0**

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann den Betrag nach Absatz 1 unter Berücksichtigung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz anpassen.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleiben die folgenden Bestimmungen:

- a. Die Rechnungslegung für Personen nach Absatz 1 richtet sich ausschliesslich nach den Vorschriften des Obligationenrechts<sup>3</sup>.
- b. Personen nach Absatz 1 müssen ihre Jahresrechnung und gegebenenfalls ihre Konzernrechnung nach den Vorschriften des Obligationenrechts prüfen lassen.
- c. Personen nach Absatz 1 beauftragen eine von der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde nach Artikel 9a Absatz 1 oder Artikel 9a Absatz 4 des Revisionsaufsichtsgesetzes vom 16. Dezember 2005<sup>4</sup> zugelassene Prüfgesellschaft mit einer Prüfung nach Artikel 24 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes vom 22. Juni 2007<sup>5</sup> (FINMAG).
- d. Auf Einlagen bei Personen nach Absatz 1 finden die Artikel 37a (privilegierte Einlagen) und 37b (sofortige Auszahlung) keine Anwendung. Die Einlegerinnen und Einleger sind über diesen Umstand zu informieren, bevor sie die Einlage tätigen.

<sup>4</sup> Die FINMA kann in besonderen Fällen die Absätze 1–3 auch für Personen anwendbar erklären, die:

- a. gewerbsmässig Publikumseinlagen von mehr als 100 Millionen Franken entgegennehmen oder sich öffentlich dafür empfehlen, diese weder anlegen noch verzinsen und den Schutz der Kundinnen und Kunden durch besondere Vorkehrungen gewährleisten; oder
- b. hauptsächlich im Finanzbereich tätig sind, keine Publikumseinlagen entgegennehmen und um eine Bewilligung ersuchen.

*Art. 47 Abs. 1 Bst. a*

<sup>1</sup> Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Organ, Angestellter, Beauftragter oder Liquidator einer Bank oder einer Person nach Artikel 1b, als Organ oder Angestellter einer Prüfgesellschaft anvertraut worden ist oder das er in dieser Eigenschaft wahrgenommen hat;

## II

Die folgenden Erlasse werden wie folgt geändert:

- <sup>3</sup> SR 220
- <sup>4</sup> SR 221.302
- <sup>5</sup> SR 956.1

## 1. Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005<sup>6</sup>

### *Art. 9a Abs. 4*

<sup>4</sup> Der Bundesrat kann erleichterte Voraussetzungen vorsehen für die Zulassung von Prüfgesellschaften sowie von leitenden Prüferinnen und Prüfern zur Prüfung von:

- a. der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) direkt unterstellten Finanzintermediären nach Artikel 2 Absatz 3 des Geldwäschereigesetzes vom 10. Oktober 1997<sup>7</sup> (GwG);
- b. Personen nach Artikel 1b des Bankengesetzes vom 8. November 1934<sup>8</sup>.

## 2. Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997<sup>9</sup>

### *Art. 2 Abs. 2 Bst. a*

<sup>2</sup> Finanzintermediäre sind:

- a. die Banken nach Artikel 1a des Bankengesetzes vom 8. November 1934<sup>10</sup> und die Personen nach Artikel 1b des Bankengesetzes;

## 3. Finanzmarktaufsichtsgesetz vom 22. Juni 2007<sup>11</sup>

### *Art. 3 Abs. 1 Bst. a*

<sup>1</sup> Der Finanzmarktaufsicht unterstehen:

- a. die Personen, die nach den Finanzmarktgesetzen eine Bewilligung, eine Anerkennung, eine Zulassung oder eine Registrierung der Finanzmarktaufsichtsbehörde benötigen oder eine solche auf freiwilliger Basis erhalten haben; und

### *Art. 5*

Die Finanzmarktaufsicht bezweckt nach Massgabe der Finanzmarktgesetze den Schutz der Gläubigerinnen und Gläubiger, der Anlegerinnen und Anleger, der Versicherten sowie den Schutz der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte. Sie trägt damit zur Stärkung des Ansehens, der Wettbewerbsfähigkeit und der Zukunftsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz bei.

<sup>6</sup> SR 221.302

<sup>7</sup> SR 955.0

<sup>8</sup> SR 941.31

<sup>9</sup> SR 955.0

<sup>10</sup> SR 941.31

<sup>11</sup> SR 956.1

*Art. 15 Abs. 2 Bst. a*

<sup>2</sup> Die Aufsichtsabgabe wird nach folgenden Kriterien bemessen:

- a. Für die Beaufsichtigten nach Artikel 1*a* des Bankengesetzes vom 8. November 1934<sup>12</sup>, dem Börsengesetz vom 24. März 1995<sup>13</sup> und dem Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930<sup>14</sup> sind Bilanzsumme und Effekturnumsatz massgebend; für die Beaufsichtigten nach Artikel 1*b* des Bankengesetzes sind Bilanzsumme und Bruttoertrag massgebend.

<sup>12</sup> SR 952.0

<sup>13</sup> SR 954.1

<sup>14</sup> SR 211.423.4